

**REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für lokale Behörden;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für lokale Behörden zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 15. DEZEMBER 2008  
ÜBER DIE FINANZIERUNG DER GEMEINDEN UND ÖFFENTLICHEN SOZIALHILFEZEN-  
TREN DURCH DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**

**INHALTSANGABE**

Durch diesen Dekretentwurf soll das Dekret vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft abgeändert werden, um – ergänzend zu den durch das Programmdekret 2024 ergriffenen Maßnahmen – die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren bis 2031 neu zu gestalten.

## INHALTSVERZEICHNIS

|                                 | Seite |
|---------------------------------|-------|
| <b>Begründung</b> .....         | 4     |
| Allgemeine Erläuterungen .....  | 4     |
| Kommentar zu den Artikeln ..... | 4     |
| <b>Vorentwurf</b> .....         | 8     |

## BEGRÜNDUNG

### ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Mit dem Programmdekretvorschlag 2024 wurde beabsichtigt, im Dekret vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren für den Zeitraum 2024 bis 2031 neu zu gestalten. Zu diesem Text erteilte der Staatsrat am 13. Dezember 2024 sein Gutachten Nr. 77.277/1-2-3-4, welches in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 3 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 in einer Dringlichkeitsfrist von fünf Arbeitstagen angefragt worden war.

In diesem Gutachten stellte der Staatsrat zum einen fest, dass es zu dem Abschnitt „Lokale Behörden“ in diesem Dekretvorschlag keine Anmerkungen gäbe, schränkte allerdings zum anderen diese Feststellung auf die Bestimmungen ein, die tatsächlich durch die angefragte Dringlichkeit abgedeckt wurden. Die übrigen Bestimmungen, die demnach aufgrund der Tatsache, dass sie erst nach dem Haushaltsjahr 2025 greifen werden, als nicht dringend eingestuft wurden, wurden somit nicht durch den Staatsrat begutachtet.

Durch einen Abänderungsvorschlag wurde dieser Feststellung des Staatsrates Rechnung getragen. Konkret wurden aus den entsprechenden Bestimmungen, die Teile entfernt, die nicht durch den Staatsrat begutachtet wurden. Folglich beziehen sich diese Bestimmungen vorerst nur noch auf die Haushaltsjahre 2024 und 2025. Für die in diesem Zeitraum anzuwendenden Maßnahmen – wie auch für andere (man nehme beispielsweise die Abschaffung der Hochwasserdotation ab 2025) – wurde die Dringlichkeit anerkannt und hierzu hatte der Staatsrat, wie bereits angeführt, keine Anmerkungen.

In einem weiteren Schritt kündigte die Regierung an, einen Dekretentwurf auszuarbeiten, mit dem die betreffenden Bestimmungen dann – wie ursprünglich vorgesehen – wieder umgeschrieben werden, um den eigentlich beabsichtigten Zeitraum 2024 bis 2031 abzudecken. Auf Anfrage aller Gemeinden hat sich die Regierung zwischenzeitlich zudem in mehreren gemeinsamen Gesprächsrunden über die Finanzierung der Gemeinden ausgetauscht. Im Fokus standen insbesondere die Verteilungskriterien der Gemeindedotation sowie die finanzielle Schieflage der Gemeinde Kelmis. Im Rahmen dieser Verhandlungen konnte einerseits beschlossen werden, zu den bisherigen Verteilungskriterien, d.h. diejenigen, die vor Inkrafttreten des Programmdekrets 2024 anwendbar waren, zurückzukehren und andererseits eine Dotation zum Ausgleich sozialer Risiken einzuführen, durch die Gemeinden unterstützt werden sollen, die über einen hohen Anteil an Eingliederungseinkommensempfängern verfügen. Dies ist der Gegenstand des vorliegenden Dekretentwurfs. Es ist ebenfalls darauf hinzuweisen, dass die Regierung die Gespräche mit den Gemeinden fortführt, um langfristig eine einvernehmliche Lösung über die definitive Gestaltung der Verteilungsparameter zu finden. Dies wird Gegenstand eines weiteren Dekretentwurfs sein.

### KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

#### **Artikel 1**

Der neu eingefügte Artikel 2.1 des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft sieht vor, dass die Regierung im Rahmen einer kontinuierlichen Überprüfung, die sich jeweils über einen Zeitraum von sieben Jahren erstreckt und auf den während dieses

Zeitraums gewonnen Erkenntnissen beruht, die Wirkung und die Anwendbarkeit des besagten Dekrets auswertet. Die Regierung erstellt einen entsprechenden Bericht, den sie dem Parlament vor Ende des laufenden Zeitraums von sieben Jahren gemeinsam mit eventuellen Anpassungsvorschlägen für den darauffolgenden Zeitraum von sieben Jahren vorlegt. Mit dem vorliegenden Artikel wird präzisiert, dass erste Bericht im Jahr 2031 hinterlegt wird.

## **Artikel 2**

Mit diesem Artikel wird die Entwicklung der Gemeindedotation über das Haushaltsjahr 2025 hinaus beschrieben. Bis 2031 einschließlich soll das neue System beibehalten werden. Ab dem Jahr 2032 wird wieder das ursprüngliche System angewendet. Umfassendere Erläuterungen sind dem Programmdekretvorschlag 2024 zu entnehmen (*Parlamentsdokumente*, 2024-2025, Nr. 38/1, S. 7-8).

## **Artikel 3 und 4**

Auf Wunsch der Gemeinden werden durch diese Artikel die Parameter zur Errechnung des Anteils, den jede Gemeinde aus der Gemeindedotation bezieht, wieder auf den Stand von vor dem Programmdekret 2024 gesetzt. Zudem wird eine rein terminologische Korrektur vorgenommen.

## **Artikel 5**

Mit diesem Artikel soll die Wegedotation bis 2031 einschließlich auf 0 Euro festgelegt werden. Ab 2032 soll sie, wie zuvor, 3.000.000 Euro jährlich betragen.

## **Artikel 6**

Da die Bürgerbeteiligungshaushalte kaum genutzt wurden und um die notwendigen finanziellen Mittel für die Bereitstellung des Solidaritätsfonds zu gewährleisten, werden die Bürgerbeteiligungshaushalte ab dem Haushaltsjahr 2026 gestrichen. Die hierdurch frei gewordenen finanziellen Mittel werden dem Solidaritätsfonds zur Verfügung gestellt (s. Artikel 15.5 des vorliegenden Entwurfs). Den Gemeinden steht es weiterhin frei, gemäß Artikel 170.11 des Gemeindedekrets einen Teil ihres Haushalts Bürgerbeteiligungsprojekten zuzuweisen. Lediglich die entsprechende Finanzierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über das Dekret vom 15. Dezember 2008 entfällt.

## **Artikel 7**

Mit diesem Artikel wird die Entwicklung der Sozialhilfedotation über das Haushaltsjahr 2025 hinaus beschrieben. Bis 2031 einschließlich soll das neue System beibehalten werden. Ab dem Jahr 2032 wird wieder das ursprüngliche System angewendet. Umfassendere Erläuterungen sind dem Programmdekretvorschlag 2024 zu entnehmen (*Parlamentsdokumente*, 2024-2025, Nr. 38/1, S. 7-8).

## **Artikel 8 und 9**

Durch diese Artikel wird eine Dotation zum Ausgleich sozialer Risiken in Höhe von 1.500.000 Euro eingeführt. Diese zielt darauf ab, Gemeinden, die einen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hohen Anteil an Eingliederungseinkommensempfängern aufweisen und über verhältnismäßig viele Sozialwohnungen verfügen, zu unterstützen. Bei diesen Gemeinden ist das Potential, Steuern in einer kostendeckenden Weise zu erheben, weniger als in durchschnittlichen Gemeinden gegeben. Zusätzlich zu diesem Umstand sind solche Gemeinden mit der Problematik konfrontiert, dass die ÖSHZ für die Zahlung des

Eingliederungseinkommens verantwortlich sind. Zwar beteiligt sich der Föderalstaat in einem gewissen Maße an diesen Kosten, jedoch muss ein großer Teil dieser Ausgaben über die Mittel des ÖSHZ bestritten werden, was somit auch direkte Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt hat. Um es zusammenzufassen: Gemeinden mit einem hohen Anteil an Eingliederungseinkommensempfängern haben nicht nur ein niedriges Steuerpotential, sondern sind auch verpflichtet, einen beträchtlichen Teil der Kosten für die Auszahlung des Eingliederungseinkommens zu tragen. Um diese Gemeinden zu unterstützen, wird die neue Dotation eingeführt.

Konkret unterteilt sich die Dotation zum Ausgleich sozialer Risiken in zwei Einzeldotationen: einerseits die Dotation für die Beteiligung an der Unterstützung von Sozialhilfeempfängern und andererseits die Dotation für Sozialwohnungen. Erstere wird auf Grundlage der im einzuführenden Artikel 15.3 vorgesehenen Kriterien ausbezahlt. Der ausgezahlte Betrag wird vom Betrag der Dotation zum Ausgleich sozialer Risiken abgezogen. Der Restbetrag wird auf Grundlage der in Artikel 15.4 festgelegten Kriterien an die berechtigten Gemeinden ausgezahlt.

### **Artikel 10**

Dieser Artikel regelt die Berechnungsweise der Dotation für die Beteiligung an der Unterstützung von Sozialhilfeempfängern.

In einem ersten Schritt wird die durchschnittliche monatliche Anzahl Eingliederungsempfänger pro Gemeinde ermittelt. Die Berechnungsbasis ist der Jahresdurchschnitt der Monatszahlen der Empfänger der Leistung. Anschließend wird das Verhältnis von Eingliederungseinkommensempfängern zur Bevölkerung der Gemeinde berechnet. Hieraus wird ein Durchschnittswert für die Gesamtbevölkerung des deutschen Sprachgebiets errechnet.

Schließlich wird ein Betrag von 1.250 Euro multipliziert mit der durchschnittlichen Anzahl Eingliederungsempfänger, d.h. der Durchschnitt auf Monatsbasis, ausgezahlt an Gemeinden, die die folgenden zwei Bedingungen erfüllen. Erstens muss es sich um eine Gemeinde handeln, die überdurchschnittlich viele Eingliederungsempfänger aufweist. Zweitens muss es sich um eine Gemeinde handeln, für die der Föderalstaat sich lediglich zu 55% am Eingliederungseinkommen anhand der in Artikel 32 §1 des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung erwähnten Staatssubvention beteiligt.

Die Festlegung dieser Bedingungen hat zur Folge, dass nur Gemeinden in den Genuss der Dotation kommen, die zwar über einen verhältnismäßig hohen Anteil Eingliederungsempfänger verfügen, jedoch nicht in den Genuss einer erhöhten Staatssubvention von 65 % in Anwendung von Artikel 32 §2 des vorerwähnten Gesetzes kommen.

Der so errechnete Betrag wird der Dotation zum Ausgleich sozialer Risiken entnommen.

### **Artikel 11**

Dieser Artikel regelt die Berechnung der Dotation für Sozialwohnungen, welche vom Restbetrag der Dotation zum Ausgleich sozialer Risiken gezahlt wird.

Auch hier werden Durchschnittswerte berechnet. In einem ersten Schritt wird für jede das Verhältnis von Sozialwohnungen zur Einwohnerzahl der Gemeinde berechnet. Hieraus ergibt sich ein Durchschnittswert für die Gesamtbevölkerung des deutschen Sprachgebiets.

Um Anspruch auf die Dotation erheben zu können, muss es sich um Gemeinden handeln, die eine überdurchschnittliche Anzahl Eingliederungseinkommensempfänger aufweisen und die gleichzeitig über eine überdurchschnittliche Anzahl Sozialwohnungen verfügen.

Erfüllen mehrere Gemeinden diese Bedingungen, wird die Dotation im Verhältnis zur Gesamtzahl der in den anspruchsberechtigten Gemeinden befindlichen Sozialwohnungen ausbezahlt.

Hiermit wird ebenfalls ein Anreiz für die Gemeinden geschaffen, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren.

### **Artikel 12 und 13**

Zusätzlich zu der Dotation zum Ausgleich sozialer Risiken wird ein Solidaritätsfonds eingeführt. Dieser beträgt 150.000 Euro.

Die Gemeinden unterbreiten der Regierung jährlich einen einstimmigen Vorschlag zur Verteilung dieses Fonds unter die Gemeinden. Finden die Gemeinden keinen Konsens, wird der Fonds im betreffenden Jahr nicht ausbezahlt.

Sinn dieses Fonds ist die Stärkung der Solidarität zwischen den Gemeinden. Zu verwenden ist dieser Betrag ausschließlich für den Unterhalt an unbeweglichen Gemeindegütern. In diesem Zusammenhang kann der Betrag, den vorgeschlagenen Gemeinden erhalten, als Teil der Unterhaltsdotation (Artikel 34.2 des Basisdekrets) gezählt werden.

### **Artikel 14**

Mit diesem Artikel soll die als Übergangsbestimmung eingeführte Unterhaltsdotation bis 2031 einschließlich ausgeweitet werden. Die Unterhaltsdotation wird zudem von 3.000.000 Euro auf 7.500.000 Euro aufgestockt. Der Differenzbetrag wurde der Gemeindedotation entnommen. Außerdem dürfen die 150.000 Euro des Solidaritätsfonds ausschließlich für die Zwecke der Unterhaltsdotation verwendet werden.

### **Artikel 15**

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets rückwirkend auf den 1. Januar 2025 fest. Lediglich die Streichung der Bürgerbeteiligungshaushalte wird am 1. Januar 2026 in Kraft treten, da dies die einzige Maßnahme ist, die mit einer Einschränkung von Rechten verbunden ist. Diesbezüglich ist auf die Erläuterungen zu Artikel 6 zu verweisen.

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen  
O. PAASCH

## VORENTWURF

### **Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft**

**Artikel 1** – In Artikel 2.1 des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, eingefügt durch das Dekret vom 23. Dezember 2024, wird folgender Satz eingefügt:

„Der erste Bericht wird im Jahr 2031 hinterlegt.“

**Art. 2** – Artikel 3 §1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 19. April 2010 und abgeändert durch die Dekrete vom 13. Februar 2012 und 23. Dezember 2024, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 5 wird wie folgt ersetzt:

„Für die Haushaltsjahre 2025 bis 2031 beträgt die Gemeindedotation 5.328.134,75 Euro.“

2. Zwischen Absatz 5 und Absatz 6, der zu Absatz 9 wird, werden folgende Absätze eingefügt:

„Der in Absatz 5 erwähnte Betrag wird ab dem Jahr 2028 bis zum Jahr 2031 jeweils um 2% indexiert.

Für das Haushaltsjahr 2032 wird die Gemeindedotation wie folgt berechnet: Ein Betrag von 28.332.203,34 Euro wird an die Entwicklungsrate des Jahres 2032 angepasst.

Ab dem Haushaltsjahr 2033 wird der für das Haushaltsjahr 2032 festgelegte Betrag jährlich der Entwicklungsrate angepasst.“

**Art. 3** – Artikel 4 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 2. März 2015 und vom 23. Dezember 2024, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Auf Basis der jährlichen Gemeindeeinnahmen aus der Zuschlagsteuer auf das Einkommen der natürlichen Personen wird für jede Gemeinde der Ertrag pro Einwohner aus einem Zuschlaghundertstel berechnet. Die Einnahmen, die die Gemeinden aufgrund des Beschlusses des ministeriellen Komitees der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion zur Änderung des Beschlusses vom 24. Oktober 1975 bezüglich der Anwendung des Artikels 8 des koordinierten Abkommens zur Schaffung der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion, geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 2001, erhalten, werden den genannten jährlichen Einnahmen aus der Zuschlagsteuer auf das Einkommen der natürlichen Personen gleichgestellt. Daraus wird ein Durchschnittsertrag pro Einwohner der der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets ermittelt. Liegt für eine Gemeinde der Ertrag pro Einwohner aus einem Zuschlaghundertstel unter diesem Durchschnittsertrag, wird ein Ausgleich berechnet aus der Differenz zwischen diesen beiden Werten, multipliziert mit der Einwohnerzahl der Gemeinde und dem durchschnittlichen Zuschlagsteuersatz der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dabei ergibt sich der durchschnittliche Zuschlagsteuersatz aus der Gewichtung der einzelnen Steuersätze der Gemeinden mit ihrer Einwohnerzahl.“

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Diese Berechnung wird anhand der Werte der letzten sechs Jahre durchgeführt, für die die Angaben zur Verfügung stehen. Jede Gemeinde erhält als Einnahmendotation den Durchschnittswert des Ausgleichs dieser sechs Jahre.“

3. Absatz 4 wird aufgehoben.

**Art. 4** – Artikel 5 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 23.

Dezember 2024, wird wie folgt abgeändert:

1. In Spiegelstrich 2 wird das Wort „fünfzig“ durch das Wort „fünfundvierzig“ ersetzt.
2. In Spiegelstrich 3 wird das Wort „fünfzehn“ durch das Wort „zwanzig“ ersetzt.
3. In Spiegelstrich 3 wird die Wortfolge „vollentschädigter Arbeitsloser“ durch das Wort „Vollarbeitsloser“ ersetzt.

**Art. 5** – Artikel 7 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 13. Februar 2012, vom 12. Dezember 2019, vom 15. Dezember 2022 und vom 23. Dezember 2024, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Spiegelstrich 17 wird die Wortfolge „für das Haushaltsjahr 2025“ durch die Wortfolge „für die Haushaltsjahre 2025 bis 2031“ ersetzt.
2. Absatz 2 wird wie folgt wieder eingeführt:  
„Ab dem Haushaltsjahr 2032 beträgt die jährliche Gesamtdotation 3.000.000 EUR.“

**Art. 6** – Artikel 11 §2.3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. April 2024, wird aufgehoben.

**Art. 7** – Artikel 14 §1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 19. April 2010 und abgeändert durch die Dekrete vom 13. Februar 2012 und vom 23. Dezember 2024, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 5 wird die Wortfolge „Für das Haushaltsjahr 2025“ durch die Wortfolge „Für die Haushaltsjahre 2025 bis 2031“ ersetzt.
2. Folgende Absätze 6 und 7 werden eingefügt:  
„Für das Haushaltsjahr 2032 wird die Sozialhilfedotation wie folgt berechnet: Ein Betrag von 2.855.028,13 Euro wird an die in Artikel 3 §2 erwähnte Entwicklungsrate des Jahres 2032 angepasst.

Ab dem Haushaltsjahr 2033 wird der für das Haushaltsjahr 2032 festgelegte Betrag jährlich der in Artikel 3 §2 erwähnten Entwicklungsrate angepasst.“

**Art. 8** – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. Dezember 2024, wird folgendes Kapitel V.1, das die Artikel 15.2 bis 15.4 umfasst, eingefügt:  
„Kapitel V.1 – Dotation zum Ausgleich sozialer Risiken“

**Art. 9** – In Kapitel V.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 15.2 eingefügt:  
„Art. 15.2 – Betrag der Dotation zum Ausgleich sozialer Risiken

Die Dotation zum Ausgleich sozialer Risiken beträgt 1.500.000,00 Euro.

Die Dotation zum Ausgleich sozialer Risiken wird gemäß den Artikeln 15.3 und 15.4 über eine Dotation für die Beteiligung an der Unterstützung von Sozialhilfeempfängern und eine Dotation für Sozialwohnungen an die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets verteilt.“

**Art. 10** – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 15.3 eingefügt:  
„Art. 15.3 – Dotation für die Beteiligung an der Unterstützung von Sozialhilfeempfängern

Vom Gesamtbetrag der Dotation zum Ausgleich sozialer Risiken erhalten die Gemeinden zuerst eine Dotation für die Beteiligung an der Unterstützung von Sozialhilfeempfängern, die gemäß den Absätzen 2 bis 5 berechnet wird.

Für jede Gemeinde des deutschen Sprachgebiets werden die Monatszahlen der Anzahl Eingliederungseinkommensempfänger des Vorjahres ermittelt. Anhand dieser Monatszahlen wird die durchschnittliche Anzahl von Eingliederungseinkommensempfängern für das

betreffende Jahr berechnet.

Für jede Gemeinde des deutschen Sprachgebiets wird anschließend das Verhältnis zwischen Empfängern des Eingliederungseinkommens und Einwohnern berechnet. Daraus wird der Durchschnittswert von Empfängern des Eingliederungseinkommens pro Einwohner des deutschen Sprachgebiets ermittelt.

Gemeinden, die die nachfolgenden Bedingungen erfüllen, erhalten einen Betrag von 1.250,00 Euro multipliziert mit der gemäß Absatz 2 berechneten durchschnittlichen Anzahl Eingliederungseinkommensempfänger aus dem Vorjahr:

1. das gemäß Absatz 3 berechnete Verhältnis zwischen Empfängern des Eingliederungseinkommens und Bewohnern der Gemeinde liegt über dem Durchschnittswert;
2. die Gemeinde hat im Vorjahr eine Staatsubvention auf Grundlage von Artikel 32 §1 des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung erhalten.

Für die Ermittlung der im vorliegenden Artikel erwähnten Durchschnittswerte werden jeweils die Werte des Vorjahres verwendet.“

**Art. 11** – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 15.4 eingefügt:

„Art. 15.4 – *Dotation für Sozialwohnungen*

Der restliche Teil der Dotation zum Ausgleich sozialer Risiken wird als Dotation für Sozialwohnungen unter die Gemeinden verteilt, die gemäß den Absätzen 2 bis 4 berechnet wird.

Für jede Gemeinde des deutschen Sprachgebiets wird das Verhältnis von Wohnungen, die durch die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Rechts oder über Agenturen für soziale Wohnungen im Sinne des wallonischen Gesetzbuchs über nachhaltiges Wohnen vermietet werden, zur Einwohnerzahl berechnet. Daraus wird der Durchschnittswert solcher Wohnungen pro Einwohner des deutschen Sprachgebiets ermittelt.

Der in Absatz 1 erwähnte Restbetrag wird unter die Gemeinden verteilt, die die nachfolgenden Bedingungen erfüllen:

1. die in Artikel 15.3 Absatz 4 Nummer 1 aufgeführte Bedingung;
2. das gemäß Absatz 2 berechnete Verhältnis zwischen den dort erwähnten Wohnungen und Bewohnern der Gemeinde liegt über dem Durchschnittswert.

Die Verteilung des Restbetrags an die gemäß Absatz 3 anspruchsberechtigten Gemeinden erfolgt verhältnismäßig auf Grundlage der Gesamtanzahl der in Absatz 2 erwähnten Wohnungen pro berechtigter Gemeinde.

Für die Ermittlung der im vorliegenden Artikel erwähnten Durchschnittswerte gelten die Durchschnittszahlen der letzten sechs Jahre, für die die Angaben zur Verfügung stehen.“

**Art. 12** – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 23. Dezember 2024, wird folgendes Kapitel V.2, das den Artikel 15.5 umfasst, eingefügt:

„Kapitel V.2 – *Solidaritätsfonds*“

**Art. 13** – In Kapitel V.2 desselben Dekrets wird folgender Artikel 15.5 eingefügt:

„Art. 15.5 – *Betrag und Auszahlung des Solidaritätsfonds*

Die Regierung stellt einen jährlichen Solidaritätsfonds in Höhe von 150.000,00 Euro bereit. Dieser Betrag wird nach Maßgabe des in Absatz 2 erwähnten Vorschlags an eine Gemeinde ausgezahlt oder unter mehrere Gemeinden des deutschen Sprachgebiets verteilt. Der über den Solidaritätsfonds erhaltene Betrag ist ausschließlich dazu bestimmt,

Unterhaltsarbeiten an kommunalen unbeweglichen Gütern nach Maßgabe des Artikels 34.2 §1 zu finanzieren.

Die Regierung zahlt diesen Betrag auf Grundlage eines einstimmigen Vorschlags der Bürgermeister der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets aus. Dieser Vorschlag gilt für das laufende Haushaltsjahr.

Wird kein einstimmiger Vorschlag eingereicht, zahlt die Regierung den Betrag des Solidaritätsfonds für das betreffende Haushaltsjahr nicht aus.“

**Art. 14** – Artikel 34.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. Dezember 2024, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt ersetzt:

„Übergangsbestimmung für die Haushaltsjahre 2025 bis 2031“

2. In §1 wird die Wortfolge „für das Haushaltsjahr 2025 eine Unterhaltsdotation“ durch die Wortfolge „für die Haushaltsjahre 2025 bis 2031 eine jährliche Unterhaltsdotation“ ersetzt;

3. §2 Absatz 1 wie folgt ersetzt:

„Unbeschadet der Anwendung des Artikels 15.5 beträgt die Unterhaltsdotation 7.500.000,00 Euro.“

4. in §2 Absatz 2 wird die Angabe „Kapitel II“ durch die Angabe „Artikel 5“ ersetzt.

**Art. 15** – Vorliegendes Dekret tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2025 in Kraft, mit Ausnahme des Artikels 6, der am 1. Januar 2026 in Kraft tritt..

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen  
O. PAASCH

Oliver Paasch  
Ministerpräsident

Digital unterschrieben  
von Oliver Paasch  
Ministerpräsident  
Datum: 2025.09.08  
13:07:29 +02'00'

## **GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre des Pouvoirs locaux;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière de Pouvoirs locaux est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

**Avant-projet de décret modifiant le décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone**

**CONTENU**

Le présent projet de décret vise à modifier le décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone afin de remanier le financement des communes et des centres publics d'aide sociale jusqu'en 2031 – en complément des mesures prises dans le cadre du décret-programme 2024.

## SOMMAIRE

|                                | Page |
|--------------------------------|------|
| <b>Exposé des motifs</b> ..... | 4    |
| Explications générales .....   | 4    |
| Commentaire des articles.....  | 4    |
| <b>Avant-projet</b> .....      | 8    |

## EXPOSE DES MOTIFS

### EXPLICATIONS GENERALES

La proposition de décret-programme 2024 visait à remanier le financement des communes et des centres publics d'aide sociale pour la période 2024-2031 dans le décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone. Concernant ce texte, le Conseil d'État a, le 13 décembre 2024, rendu son avis n° 77.277/1-2-3-4 qui lui avait été demandé dans un délai d'urgence de cinq jours ouvrables en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973.

Dans cet avis, le Conseil d'État a constaté, d'une part, que la section « Pouvoirs locaux » de cette proposition de décret n'appelait aucune observation, mais a, d'autre part, limité ce constat aux dispositions effectivement couvertes par l'urgence invoquée. Les dispositions restantes, considérées dès lors comme non urgentes en raison du fait qu'elles ne s'appliqueront qu'au-delà de l'année budgétaire 2025, n'ont donc pas fait l'objet de l'avis rendu par le Conseil d'État.

Une proposition d'amendement a permis de tenir compte de cette constatation faite par le Conseil d'État. Concrètement, les parties pour lesquelles le Conseil d'État n'a pas rendu d'avis ont été supprimées des dispositions correspondantes. Par conséquent, ces dispositions ne concernent pour l'instant que les années budgétaires 2024 et 2025. Concernant les mesures à appliquer pendant cette période – ainsi que d'autres (par exemple, la suppression de la dotation relative aux inondations à partir de 2025) –, l'urgence a été reconnue, et le Conseil d'État n'avait, à cet égard, aucune observation à faire, comme indiqué plus haut.

Dans un second temps, le Gouvernement a annoncé qu'un autre projet de décret visant à réécrire les dispositions concernées, comme prévu initialement, était en préparation afin de couvrir la période 2024 à 2031 prévue. Entretemps, à la demande de l'ensemble des communes, le Gouvernement a en outre participé à plusieurs tables rondes concernant le financement des communes. Les critères de répartition de la dotation communale ainsi que la situation financière critique de la commune de La Calamine ont été notamment au centre des débats. Dans le cadre de ces négociations, il a d'une part été décidé d'en revenir aux critères de répartition précédents, à savoir ceux qui étaient applicables avant l'entrée en vigueur du décret-programme 2024 et, d'autre part, d'instaurer une dotation de compensation des risques sociaux destinée à soutenir les communes qui comptent une proportion importante de bénéficiaires du revenu d'intégration. C'est ce qui fait l'objet du présent projet de décret. Il convient également de souligner que le Gouvernement continue à mener des discussions avec les communes afin de trouver, à long terme, une solution consensuelle sur la forme définitive des paramètres de répartition. Cet aspect fera l'objet d'un autre projet de décret.

### COMMENTAIRE DES ARTICLES

#### **Article 1<sup>er</sup>**

L'article 2.1, nouvellement inséré dans le décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone, dispose que le Gouvernement évalue les effets et l'applicabilité dudit décret dans le cadre d'un examen continu s'étendant à chaque fois sur une période de sept ans et fondé sur les connaissances acquises au cours de cette période. Le Gouvernement établit un rapport correspondant qu'il présente au Parlement avant la fin de la période de sept ans en cours, accompagné d'éventuelles propositions d'adaptations pour la période de sept ans suivante. Le présent article précise que le premier rapport sera déposé en 2031.

## **Article 2**

Le présent article décrit l'évolution de la dotation communale au-delà de l'année budgétaire 2025. Le nouveau système doit être maintenu jusqu'en 2031 inclus. À partir de 2032, l'ancien système sera de nouveau appliqué. Pour des explications plus détaillées, voir la proposition de décret-programme 2024 (documents parlementaires, 2024-2025, n° 38/1, pp. 7-8).

## **Articles 3 et 4**

À la demande des communes, ces articles rétablissent les paramètres de calcul de la part que chaque commune perçoit au titre de la dotation communale tels qu'ils étaient applicables avant le décret-programme 2024. Une correction purement terminologique est en outre effectuée.

## **Article 5**

Cet article fixe la dotation des voiries communales à 0 euro jusqu'en 2031 inclus. À partir de 2032, elle s'élèvera, comme auparavant, à 3 000 000 d'euros par an.

## **Article 6**

Étant donné que les budgets participatifs n'ont guère été utilisés et afin de garantir les moyens financiers nécessaires à la mise à disposition du fonds de solidarité, ils seront supprimés à partir de l'année budgétaire 2026. Les moyens financiers ainsi dégagés seront mis à la disposition du fonds de solidarité (voir article 15.5 du présent projet). Les communes restent libres, conformément à l'article 170.11 du décret communal, d'affecter une partie de leur budget à des projets citoyens participatifs. Seul le financement correspondant de la Communauté germanophone prévu par le décret du 15 décembre 2008 est supprimé.

## **Article 7**

Le présent article décrit l'évolution de la dotation d'aide sociale au-delà de l'année budgétaire 2025. Le nouveau système doit être maintenu jusqu'en 2031 inclus. À partir de 2032, l'ancien système sera de nouveau appliqué. Pour des explications plus détaillées, voir la proposition de décret-programme 2024 (documents parlementaires, 2024-2025, n° 38/1, pp. 7-8).

## **Articles 8 et 9**

Ces articles introduisent une dotation de compensation des risques sociaux de 1 500 000 euros. Cette dotation vise à soutenir les communes qui, par rapport à l'ensemble de leur population, comptent une proportion importante de bénéficiaires du revenu d'intégration et disposent d'un nombre relativement élevé de logements sociaux. La faculté de ces communes à percevoir des recettes fiscales suffisantes pour couvrir leurs dépenses est plus limitée que dans les communes moyennes. En outre, ces communes font face à une autre problématique : les CPAS sont responsables du paiement du revenu d'intégration. Certes, l'État fédéral participe dans une certaine mesure à ces frais ; toutefois, une grande partie de ces dépenses doit être couverte par les moyens du CPAS, ce qui a aussi des conséquences directes sur le budget communal. En résumé, les communes comptant une proportion importante de bénéficiaires du revenu d'intégration disposent non seulement d'une faculté réduite à percevoir des recettes fiscales suffisantes, mais elles sont aussi obligées de consacrer une partie conséquente de leurs frais au paiement du revenu d'intégration. Afin de soutenir ces communes, cette nouvelle dotation est introduite.

Concrètement, la dotation de compensation des risques sociaux se compose de deux volets : d'une part, la dotation de participation au soutien des bénéficiaires de l'aide sociale et, d'autre part, la dotation destinée aux logements sociaux. La première dotation est liquidée sur la base des critères prévus à l'article 15.3, qui doit être inséré. Le montant liquidé est déduit du montant de la dotation de compensation des risques sociaux. Le solde est liquidé aux communes bénéficiaires sur la base des critères fixés à l'article 15.4.

#### **Article 10**

Cet article régit le mode de calcul de la dotation de participation au soutien des bénéficiaires de l'aide sociale.

Dans un premier temps, le nombre mensuel moyen de bénéficiaires du revenu d'intégration par commune est calculé. La moyenne annuelle des chiffres mensuels relatifs aux bénéficiaires de la prestation sert de base de calcul. Ensuite, le rapport entre les bénéficiaires du revenu d'intégration et la population de la commune est calculé. Cela permet d'obtenir une valeur moyenne pour l'ensemble de la population de la région de langue allemande.

Enfin, un montant de 1 250 euros, multiplié par le nombre moyen de bénéficiaires du revenu d'intégration, c'est-à-dire la moyenne sur une base mensuelle, est liquidé aux communes qui remplissent les deux conditions suivantes. Premièrement, il doit s'agir d'une commune qui compte un nombre de bénéficiaires du revenu d'intégration supérieur à la moyenne. Deuxièmement, il doit s'agir d'une commune pour laquelle l'État fédéral ne participe qu'à hauteur de 55 % au revenu d'intégration par le biais de la subvention mentionnée à l'article 32, § 1<sup>er</sup>, de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale.

Ces conditions, telles qu'elles sont fixées, ont pour conséquence que seules les communes qui, certes, comptent un nombre relativement élevé de bénéficiaires du revenu d'intégration, mais ne bénéficient pas d'une subvention majorée de l'État de 65 % en application de l'article 32, § 2, de la loi précitée, peuvent recevoir cette dotation.

Le montant ainsi calculé est prélevé sur la dotation de compensation des risques sociaux.

#### **Article 11**

Cet article régit le calcul de la dotation pour les logements sociaux, qui est liquidée à partir du solde de la dotation de compensation des risques sociaux.

Ici aussi, des valeurs moyennes sont calculées. Dans un premier temps, pour chaque commune, le rapport entre le nombre de logements sociaux et le nombre d'habitants est calculé. Cela permet d'obtenir une valeur moyenne pour l'ensemble de la population de la région de langue allemande.

Pour pouvoir prétendre à la dotation, les communes doivent, d'une part, avoir un nombre de bénéficiaires du revenu d'intégration supérieur à la moyenne et, d'autre part, disposer d'un nombre de logements sociaux supérieur à la moyenne.

Si plusieurs communes remplissent ces conditions, la dotation est versée au prorata du nombre total de logements sociaux situés dans les communes éligibles.

Ainsi les communes sont-elles également incitées à investir dans la construction de logements sociaux.

#### **Articles 12 et 13**

Outre la dotation de compensation des risques sociaux, un fonds de solidarité est instauré. Celui-ci s'élève à 150 000 euros.

Chaque année, les communes présentent au Gouvernement une proposition unanime de répartition de ce fonds entre elles. Si les communes ne parviennent pas à un consensus, le fonds n'est pas liquidé au cours de l'année concernée.

Ce fonds vise à renforcer la solidarité entre les communes. Ce montant doit être utilisé exclusivement pour l'entretien des biens immobiliers communaux. Dans ce contexte, le montant reçu par les communes proposées peut être comptabilisé dans la dotation d'entretien (article 34.2 du décret de base).

#### **Article 14**

Cet article vise à prolonger jusqu'en 2031 inclus la dotation d'entretien introduite à titre transitoire. La dotation d'entretien est en outre augmentée et passe de 3 000 000 d'euros à 7 500 000 euros. La différence a été prélevée sur la dotation communale. De plus, les 150 000 euros du fonds de solidarité ne peuvent être utilisés qu'aux fins de la dotation d'entretien.

#### **Article 15**

Cet article fixe l'entrée en vigueur du présent décret rétroactivement au 1<sup>er</sup> janvier 2025. Seule la suppression des budgets participatifs entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2026, car il s'agit de la seule mesure qui implique une restriction des droits. À cet égard, renvoi est fait aux explications relatives à l'article 6.

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux, de l'Aménagement du territoire et des Finances  
O. PAASCH

## AVANT-PROJET

### **Avant-projet de décret modifiant le décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone**

**Article 1<sup>er</sup>** – L'article 2.1 du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone, inséré par le décret du 23 décembre 2024, est complété par la phrase suivante :

« Le premier rapport sera déposé en 2031. »

**Art. 2** – À l'article 3, § 1<sup>er</sup>, du même décret, remplacé par le décret du 19 avril 2010 et modifié par les décrets des 13 février 2012 et 23 décembre 2024, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 5 est remplacé par ce qui suit :

« Pour les années budgétaires 2025 à 2031, la dotation communale s'élève à 5 328 134,75 euros. »;

2° trois alinéas rédigés comme suit sont insérés entre les alinéas 5 et 6, qui devient l'alinéa 9 :

« Le montant mentionné à l'alinéa 5 est indexé chaque année de 2 % à partir de l'année 2028 jusqu'à l'année 2031.

Pour l'année budgétaire 2032, la dotation communale est calculée comme suit : un montant de 28 332 203,34 euros est ajusté en fonction du taux d'évolution de l'année 2032.

À partir de l'année budgétaire 2033, le montant fixé pour l'année budgétaire 2032 est ajusté chaque année au taux d'évolution. »

**Art. 3** – À l'article 4 du même décret, modifié par les décrets des 2 mars 2015 et 23 décembre 2024, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Sur la base des recettes communales annuelles provenant de l'impôt additionnel sur les revenus des personnes physiques, le produit par habitant d'un centime additionnel est calculé pour chaque commune. Les recettes encaissées par les communes en vertu de la décision du Comité de ministres de l'Union économique belgo-luxembourgeoise modifiant la décision du 24 octobre 1975 concernant l'application de l'article 8 de la Convention coordonnée instituant l'Union économique belgo-luxembourgeoise, signée à Bruxelles le 14 décembre 2001, sont assimilées aux recettes annuelles visées provenant de l'impôt additionnel sur les revenus des personnes physiques. À partir de là, le produit moyen par habitant des communes de la région de langue allemande est calculé. Si, pour une commune, le produit par habitant d'un centime additionnel est inférieur à ce produit moyen, une compensation est calculée à partir de la différence entre ces deux valeurs, multipliée par le nombre d'habitants de la commune et le taux moyen de l'impôt additionnel de la Communauté germanophone. Le taux moyen de l'impôt additionnel résulte ainsi de la pondération des différents taux d'imposition des communes en fonction de leur nombre d'habitants. »;

2° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Ce calcul est effectué sur la base des valeurs des six dernières années pour lesquelles les données sont disponibles. Chaque commune reçoit comme dotation en recettes la valeur moyenne de la péréquation de ces six années. »;

3° l'alinéa 4 est abrogé.

**Art. 4** – À l'article 5, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, modifié par le décret du 23 décembre 2024, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le deuxième tiret, le mot « cinquante » est remplacé par le mot « quarante-cinq »;

2° dans le troisième tiret, le mot « quinze » est remplacé par le mot « vingt ».

3° dans le troisième tiret, les mots « chômeurs indemnisés complets » sont remplacés par les mots

« chômeurs complets ».

**Art. 5** – À l'article 7 du même décret, modifié par les décrets des 13 février 2012, 12 décembre 2019, 15 décembre 2022 et 23 décembre 2024, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1<sup>er</sup>, dix-septième tiret, les mots « pour l'année budgétaire 2025 » sont remplacés par les mots « pour les années budgétaires 2025 à 2031 »;

2° l'alinéa 2 est rétabli dans la rédaction suivante :

« À partir de l'année budgétaire 2032, la dotation annuelle totale s'élève à 3 000 000 d'euros. »

**Art. 6** – Dans l'article 11 du même décret, le § 2.3, inséré par le décret du 22 avril 2024, est abrogé.

**Art. 7** – Dans l'article 14, § 1<sup>er</sup>, du même décret, remplacé par le décret du 19 avril 2010 et modifié par les décrets des 13 février 2012 et 23 décembre 2024, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 5, les mots « Pour l'année budgétaire 2025 » sont remplacés par les mots « Pour les années budgétaires 2025 à 2031 »;

2° le paragraphe est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Pour l'année budgétaire 2032, la dotation d'aide sociale est calculée comme suit : un montant de 2 855 028,13 euros est ajusté en fonction du taux d'évolution de l'année 2032 mentionné à l'article 3, § 2.

À partir de l'année budgétaire 2033, le montant fixé pour l'année budgétaire 2032 est ajusté chaque année au taux d'évolution mentionné à l'article 3, § 2. »

**Art. 8** – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 23 décembre 2024, il est inséré un chapitre V.1, comportant les articles 15.2 à 15.4, intitulé comme suit :

« Chapitre V.1 – Dotation de compensation des risques sociaux ».

**Art. 9** – Dans le chapitre V.1 du même décret, il est inséré un article 15.2 rédigé comme suit :

« Art. 15.2 – *Montant de la dotation de compensation des risques sociaux*

La dotation de compensation des risques sociaux s'élève à 1 500 000,00 euros.

Conformément aux articles 15.3 et 15.4, la dotation de compensation des risques sociaux est répartie entre les communes de la région de langue allemande sous la forme d'une dotation de participation au soutien des bénéficiaires de l'aide sociale et d'une dotation pour les logements sociaux. »

**Art. 10** – Dans le même chapitre, il est inséré un article 15.3 rédigé comme suit :

« Art. 15.3 – *Dotation de participation au soutien des bénéficiaires de l'aide sociale*

Sur le montant total de la dotation de compensation des risques sociaux, les communes reçoivent d'abord une dotation de participation au soutien des bénéficiaires de l'aide sociale, calculée conformément aux alinéas 2 à 5.

Les chiffres mensuels relatifs au nombre de bénéficiaires du revenu d'intégration de l'année précédente sont déterminés pour chaque commune de la région de langue allemande. Ces chiffres mensuels permettent de calculer le nombre moyen de bénéficiaires du revenu d'intégration pour l'année concernée.

Le rapport entre le nombre de bénéficiaires du revenu d'intégration et le nombre d'habitants est ensuite calculé pour chaque commune de la région de langue allemande. Cela permet de déterminer la moyenne des bénéficiaires du revenu d'intégration par habitant de la région de langue allemande.

Reçoivent un montant de 1 250,00 euros multiplié par le nombre moyen de bénéficiaires du revenu d'intégration de l'année précédente, calculé conformément à l'alinéa 2, les communes qui remplissent les conditions suivantes :

1° le rapport, calculé conformément à l'alinéa 3, entre les bénéficiaires du revenu d'intégration et les habitants de la commune est supérieur à la moyenne;

2° la commune a, au cours de l'année précédente, reçu une subvention de l'État sur la base de l'article 32, § 1<sup>er</sup>, de la loi du 26 mai 2002 concernant le droit à l'intégration sociale.

Les valeurs de l'année précédente sont à chaque fois utilisées pour déterminer les valeurs moyennes mentionnées dans le présent article. »

**Art. 11** – Dans le même chapitre, il est inséré un article 15.4 rédigé comme suit :

« *Art. 15.4 – Dotation pour les logements sociaux*

Le reste de la dotation de compensation des risques sociaux est réparti entre les communes sous forme de dotation pour les logements sociaux, calculée conformément aux alinéas 2 à 4.

Le rapport entre le nombre de logements loués par la société de logement de service public ou par le biais d'agences immobilières sociales au sens du Code wallon de l'habitation durable et le nombre d'habitants est calculé pour chaque commune de la région de langue allemande. Cela permet de déterminer la valeur moyenne de ces logements par habitant de la région de langue allemande.

Le solde mentionné à l'alinéa 1<sup>er</sup> est réparti entre les communes qui remplissent les conditions suivantes :

1° la condition mentionnée à l'article 15.3, alinéa 4, 1°;

2° le rapport, calculé conformément à l'alinéa 2, entre les logements y mentionnés et les habitants de la commune est supérieur à la moyenne.

La répartition du solde entre les communes qui sont éligibles conformément à l'alinéa 3 s'effectue proportionnellement, sur la base du nombre total des logements mentionnés à l'alinéa 2 par commune éligible.

Les chiffres moyens des six dernières années pour lesquelles les données sont disponibles sont applicables pour déterminer les valeurs moyennes mentionnées dans le présent article. »

**Art. 12** – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 23 décembre 2024, il est inséré un chapitre V.2, comportant l'article 15.5, intitulé comme suit :

« Chapitre V.2 – Fonds de solidarité ».

**Art. 13** – Dans le chapitre V.2 du même décret, il est inséré un article 15.5 rédigé comme suit :

« *Art. 15.5 – Montant et versement du fonds de solidarité*

Le Gouvernement met à disposition un fonds de solidarité annuel s'élevant à 150 000,00 euros. Ce montant est versé à une commune conformément à la proposition mentionnée à l'alinéa 2 ou est réparti entre plusieurs communes de la région de langue allemande. Le montant reçu par le biais du fonds de solidarité est exclusivement destiné à financer des travaux d'entretien sur des biens immobiliers communaux, conformément à l'article 34.2, § 1<sup>er</sup>.

Le Gouvernement verse ce montant sur la base d'une proposition unanime des bourgmestres des communes de la région de langue allemande. Cette proposition est applicable pour l'année budgétaire en cours.

Si aucune proposition unanime n'est introduite, le Gouvernement ne procède pas au versement du montant du fonds de solidarité pour l'année budgétaire concernée. »

**Art. 14** – À l'article 34.2 du même décret, inséré par le décret du 23 décembre 2024, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'intitulé est remplacé par ce qui suit :

« Disposition transitoire pour les années budgétaires 2025 à 2031 »;

2° au § 1<sup>er</sup>, les mots « pour l'année budgétaire 2025 une dotation d'entretien » sont remplacés par les mots « pour les années budgétaires 2025 à 2031 une dotation annuelle d'entretien »;

3° dans le § 2, l'alinéa 1<sup>er</sup> est remplacé par ce qui suit :

« Sans préjudice de l'application de l'article 15.5, la dotation d'entretien s'élève à 7 500 000 euros. »;

4° dans le § 2, alinéa 2, les mots « du chapitre II » sont remplacés par les mots « de l'article 5 ».

**Art. 15** – Le présent décret produit ses effets le 1<sup>er</sup> janvier 2025, à l'exception de l'article 6 qui entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2026.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux, de l'Aménagement du territoire et des Finances  
O. PAASCH